



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/76 - 3. April 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-39  
Fernschreiber 039 880

Hinweise  
auf den Inhalt:

Mollets offene Sprache	S. 1
Der Hintergrund des Beschlusses von Reykjavik	S. 3
Diffamierung dissidentischer Lehrer (Bericht aus Niedersachsen)	S. 5
Glosse: Jagd auf ein halbes Pfund Kaffee	S. 7

## Ein Weg aus der Sackgasse

PR. Auf die generellen kritischen Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten in seinem Interview mit einer amerikanischen Zeitschrift, soweit sie an die Adresse der USA gerichtet sind, soll hier nicht eingegangen werden. Näher liegen für uns seine Ausführungen über den Zusammenhang von allgemeiner Abrüstung und deutscher Wiedervereinigung.

Auf den ersten Blick könnte es, vor allem nach den Berichten und ihrer Aufmachung in vielen westdeutschen Zeitungen, so scheinen, als habe Mollet eine starre Reihenfolge: Allgemeine Abrüstung - europäische Sicherheit - deutsche Wiedervereinigung empfohlen. Das trifft in dieser Form nicht zu. Vielmehr hat er erklärt, Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung gäbe es nur i m R a h m e n einer allgemeinen Weltabrüstung. Das heisst durchaus nicht, dass ein allgemeiner Abrüstungsvertrag perfekt vorliegen muss, ehe man an die Verwirklichung der deutschen Einheit herangehen kann. Mollet fügte sogar hinzu: "Wenn wir mit der Lösung des Problems einer allgemeinen Abrüstung b e g i n n e n, wird das Problem der europäischen Sicherheit leichter werden, innerhalb der dann auch die Wiedervereinigung grössere Chancen hat." Mollet erkennt also sehr genau die unlösbare Verflochtenheit der drei Probleme untereinander, die es unmöglich macht, an die Stelle des notwendigen Verfahrens ihrer Lösung mit- und nebeneinander, ein Nacheinander zu setzen. Da man aber andererseits bei der Kompliziertheit der Gesamtmaterie nicht alles auf einmal erledigen kann, wird es unerlässlich sein, schrittweise vorzugehen - und hier empfiehlt Mollet freilich, mit der Abrüstung anzufangen - indem man ersten Abmachungen auf einem Gebiet erste Vereinbarungen auf einem anderen folgen lässt und so, Stück um Stück, die Mauer von materiellen Schwierigkeiten und psychologischem Misstrauen abbaut, vor der die internationale Politik heute steht.

Wichtig ist dann die Feststellung Mollets, es sei schwer, die deutsche Wiedervereinigung in einer Periode der Aufrüstung, i n s b e -  
s o n d e r e i m Z e n t r u m Europas, zu sehen. Das ist ein - 2 -

3. April 1956

Hinweis auf die schädliche Wirkung der Aufrüstung in beiden Teilen Deutschlands, wie er so deutlich von einem maßgebenden Politiker des Westens eigentlich noch nie gegeben worden ist. Mollet empfindet offenbar den Widersinn besonders stark, der darin liegt, dass in einer Zeit ernsthafter Anstrengungen um eine allgemeine Abrüstung gerade dort aufgerüstet wird, wo einer der schmerzhaftesten neuralgischen Punkte aller internationalen Schwierigkeiten liegt - in Deutschland. Es ist betrüblich, dass diese Erkenntnis von einem französischen Regierungschef ausgesprochen werden musste, während die verantwortlichen Politiker der Bundesrepublik noch immer nichts Besseres zu bieten haben, als die Konzentrierung ihrer Anstrengungen, möglichst schnell ein Heer von 500 000 Mann auf die Beine zu bringen, das, nach Adenauer, sozusagen schon das Ergebnis einer Selbstbeschränkung und riskanten Verzichtspolitik des Westens ist.

Hierher gehört auch Mollets Bemerkung, nach internationalen Verhandlungen über eine sowjetische Zustimmung zu freien Wahlen könnte Deutschlands Status im Verhältnis zu den westlichen Sicherheitsorganisationen geändert werden, wobei er hinzufügte, man sollte sich nicht anmassen, sofort festzulegen, welches der künftige Status Deutschlands sein werde. Der französische Ministerpräsident hat in diesem Zusammenhang dabei wohl in erster Linie an die zahlreichen Versuche gedacht, die NATO-Bindung West-Deutschlands für alle Zeit und unabhängig von allen künftigen Entwicklungsmöglichkeiten zu einer unabdingbaren Forderung des Westens zu machen. Er will diese Status-Bestimmung offenbar den Verhandlungen selbst überlassen, die sich mit allgemeiner Abrüstung, europäischer Sicherheit und deutscher Wiedervereinigung zu befassen hätten. Diese umfassenden Verhandlungen aber müssen nach der Meinung Mollets soweit wie irgendmöglich von politischen Dogmen befreit sein. Natürlich gilt das für beide Seiten.

Das Interview Mollets wird sicher in der Welt noch viel Staub aufwirbeln. Die ersten aufgeregten Kommentare liegen bereits vor, wie etwa die Behauptung von "News Chronicle", Mollet habe sich damit im Voraus ein begeistertes Willkommen in Moskau gesichert, das er im Mai besucht. Diese Betrachtungsweise gerade ist es, die man ablehnen muss: Wenn man aus ernstem Verantwortungsbewusstsein gehorene politische Vorschläge von vornherein nur unter dem Gesichtswinkel des Beifalls begrüßt oder verurteilt, den sie auf der einen oder anderen Seite finden, dann hat man sich bereits in einer Sackgasse verirrt. Es ist der Sinn des Vorstosses des französischen Ministerpräsidenten, dazu beizutragen, die internationale Politik aus dieser Sackgasse wieder herauszuführen.

\* \* \*

Island verdrängt die NATO-Konzeption

Dr.R. Unter den Mitgliedstaaten der NATO gibt es zwei, die als militärische Potenz nicht die geringste Rolle spielen, Luxemburg und Island. Die Zugehörigkeit des ersten resultiert aus seiner Verbundenheit und Verflechtung mit der westeuropäischen Schwerindustrie. Island war dazu getreten, weil es den Vorteil - oder Nachteil - seiner geographischen Lage als Mitgift dem atlantischen Bündnis zuführte. Dieser Lagenwert hat in seiner Kurs mit der militärischen Entwicklung Schritt gehalten. Zur Zeit der Seemacht war es ein idealer Zwischenbunkerplatz auf der nordatlantischen Sicherungslinie und Versorgungsroute. Diese Eigenschaft wurde in den Schatten gestellt, als die Luftmacht die maritimen Mittel verdrängte. Island wurde so zum idealen Zwischenlandeplatz für alle Luftkampfmittel, soweit sie sich überhaupt für den interkontinentalen Einsatz eignen. Aber auch eine Seeüberwachung durch Flugzeuge konnte auf die Insel nicht verzichten, sobald es sich um den Norden des Atlantik handelte.

In den Konzeptionen der Generalstäbe hat der Krieg mit Fernwaffen nur alle bisher gültigen Begriffe verdrängt. Ob es sich um den Einsatz von Fernbomben als Atomwaffenträger oder Raketen im gleichen Auftrag handelt immer wird es von ausserordentlichem Vorteil sein, zu diesem Zweck die kleine Insel zwischen Norwegen, England und Grönland in Rechnung zu stellen. So wurde die Insel in einer Weise militärisch interessant, die auch die Isländer aus ihrer Ruhe aufscheuchte. Denn in dem Maße wie Island ein beachtlicher Spielstein in der atlantischen Strategie der NATO wurde, begann es auch die Sowjets zu interessieren. Seitdem die Strategen der grossen Blöcke mit Atomaren und Fernwaffen rechnen wie Techniker mit dem immer griffbereiten Rechenschieber, hat für sie Island eine ganz bestimmte Grössenordnung, die ebenso in der Defensive wie in der Offensive wertvoll ist; beide lassen sich heute nicht mehr auseinanderhalten.

Nachdem Island aufgrund seiner einzigartigen Lage würdig befunden war, neben den grössten Mächten als gleichberechtigt in der NATO zu rangieren, ohne einen einzigen Soldaten zu stellen und trotzdem den vollen Schutz des Bündnisses zu geniessen, schloss es mit den USA einen Separatvertrag, der den amerikanischen Streitkräften das Recht der Benützung von Keflavik ab 1951 auf 8 Jahre sicherte. Aus sehr plausiblen Gründen der See- und Luftherrschaft hatte die Berührung der Isländer mit amerikanischen Soldaten schon im zweiten Weltkrieg stattgefunden. Das Verhältnis zwischen beiden war nicht sehr erfreulich und wurde auch durch den neuen

Vertrag nicht besser. Man machte daher Keflavik zu einem recht engen, von seiner Inselumwelt abgeschlossenen Raum. Trotzdem bemerkten die Isländer mit wachsender Unfreundlichkeit, dass sie mit der Übernahme ihres Schutzes durch die USA auch Nachteile eingetauscht hatten. Das machte sich auch in der Haltung der isländischen Politiker im kleinen Parlament von Reykjavik spürbar. War der Stützpunktvertrag von 1951 ebenso wie der Beitritt zum Atlantikpakt noch von einer parlamentarischen Mehrheit gebilligt worden, so schmolz die Zahl der Freunde solcher Bindungen, die immer zweiseitiger Art sind, schnell dahin. Schon vor Monaten wiesen die "New York Times" darauf hin, man müsse wegen des Stärkerwerdens der antiamerikanischen Stimmung damit rechnen, dass der Vertrag nicht mehr verlängert werden würde.

#### Island - trotz Arktisnähe heisser strategischer Platz

Die Opposition gegen die Rolle Islands als Stützpunkt wuchs in dem Maße, in dem sich der sowjetische Generalstab mit dem atlantisch-arktischen Raume zusehends stärker beschäftigte. Es sind defensive und offensive Überlegungen zugleich. Denn die drei Fernbomberstaffeln, die in Keflavik liegen, reichen mit ihrer atomaren Wirkung bis Sibirien, Taschkent und Baku. Sie können von Island aus das ganze Jahr starten, während das amerikanische Bombergeschwader in Thule auf dem dänischen Grönland solche Möglichkeiten nur für einen Teil des Jahres besitzt. Raketenwaffen sind an solche Einschränkungen nicht gebunden. Mit ihrer zunehmenden Bedeutung trafen die Sowjets ihre Dispositionen. Sie zielen, wenn es zum Kriege kommen sollte, darauf ab, durch Spezialverbände die wichtigsten nordatlantisch-arktischen Stützpunkte zu besetzen, wie sie bisher darauf eingerichtet waren, Plätze wie Keflavik, Thule und Spitzbergen durch Bombenangriffe zu vernichten.

Die Isländer haben diese Entwicklung aufmerksam verfolgt und dabei festgestellt, dass sie trotz der Arktisnähe eigentlich am heissesten Platz der Welt sitzen. Die Mehrheit des Parlaments nahm eine Resolution an, die eine Revision des Vertrages von 1951 und die Räumung des NATO-Stützpunktes verlangt. Ohne die Frage des weiteren Verbleibens Islands in der NATO damit zu verbinden, bedeutet dieser Schritt, dass die atlantische Verteidigung sich nach einem neuen Stützpunkt umsehen muss, der allerdings kaum zu finden sein dürfte, weil es so ideale Plätze nicht mehr gibt. Die endgültige Entscheidung wird die Wahl vom 24. Juni bringen. Die konservative Unabhängigkeitspartei, die als einzige noch die

atlantische Stützpunktfrage bejaht, muss an diesem Tage gegen die Opposition von Fortschrittspartei, Sozialdemokraten und Volkspartei - unter diesem letzten Namen verbergen sich die Kommunisten - antreten. Ihr Sieg ist sehr unwahrscheinlich, denn die Konservativen schrumpften schon bei den Wahlen von 1953 stark zusammen. Inzwischen hat sich aber die Stimmung gegen den amerikanischen Stützpunkt von Keflavik sehr verstärkt.

\* \* \*

Gestörter Osterurlaub

-dt Hannover

Ministerpräsident Hellwege hat sich auf einen wohlverdienten Osterurlaub begeben. Es ist zu erwarten, dass er in diesem Urlaub einigemal unsanft aufgescheucht wird. Knapp nach Ostern halten nämlich die Lehrerverbände von Hannover, Braunschweig und Oldenburg ihre Jahresversammlungen ab und von diesen Tagungen werden Hellwege Entschliessungen erreichen die ihn an seine Rolle als oberster Hüter des Grundgesetzes erinnern sollen.

Schuld an diesem getrübbten Urlaub ist wieder einmal eine Sonntagsrede, diesmal nicht von Seebach, sondern vom stellvertretenden niedersächsischen Ministerpräsidenten und Innenminister Wegmann, Wortführer der CDU in der Koalitionsregierung. Auf dem Parteitag der niedersächsischen CDU in Peine hatte Wegmann dissidentischen Lehrern gemäss Schulgesetz und "nach Auffassung des Kabinetts" das Recht aberkannt, weiterhin zu unterrichten.

Grosse Anfrage der SPD

Ob der Minister vorher das Grundgesetz studiert hatte, ist fraglich; die Erklärung wirkte umso überraschender, als gerade Wegmann sich bisher durch eine abgeklärte, besonnene Haltung ausgezeichnet hatte. Jedenfalls trug ihm diese Äusserung sofort eine Grosse Anfrage der SPD und einen regen Briefwechsel mit empörten Staatsbürgern ein. Dazu gehört ein Mann namens Franz Woschek in Braunschweig, der den Minister auf den Verstoss gegen das Grundgesetz aufmerksam machte. Woschek schrieb seinen Brief nicht von ungefähr; er ist Volksschullehrer, gleichzeitig Presseleiter des Braunschweigischen Lehrerverbandes und war einige Jahre Bundesvorsitzender des Junglehrausschusses, ein Mann, der über Braunschweig hinaus wegen seiner Arbeit für Lehrer- und Schulprobleme bekannt ist.

Es ehrt den Minister, dass er den Brief Woscheks sofort beantwortete. Denn Woschek hatte auf die Gewerkschaftspolke verzichtet und als schlichter Staatsbürger geschrieben. Ob dem Minister Woscheks Verbandsfunktionen bekannt sind, ist ungewiss, jedenfalls setzte er sich hin und antwortete, etwa in dem Sinne, dass nicht alles wahr sei, was in den Zeitungen stehe (auf diesen Passus revanchierte sich Woschek mit dem Satz: "...aber auch die im öffentlichen Leben stehenden Menschen haben uns bislang in dieser Beziehung nicht allzusehr verwöhnt"); er, der Minister, habe also die von Woschek aufgegriffene Äusserung nicht getan, sondern

gesagt: "Nach Ansicht des Kabinetts fehlt dissidentischen Lehrern... zunächst die vom Gesetz geforderte Eignung." Es folgt ein weiterer Satz, dass der Lehrer die geforderte Eignung besitze, wenn er nachweise, dass er trotz Kirchenaustritt das Christentum bejahet und die Kinder in diesem Geist erziehe.

#### Was meint Minister Wegmann?

Woschech hatte auch an die einzelnen Landtagsfraktionen geschrieben und von der FDP-Fraktion bekam er abschriftlich den Brief, den Wegmann dem ebenfalls empörten FDP-Abgeordneten Strömer geschickt hatte. Darin heisst es aber, dass Lehrern die aus der Kirche ausgetreten sind, grundsätzlich die nach dem Gesetz geforderte Eignung...fehlt." Es war Woschech ein Leichtes, den Minister auf die Bedeutung der Wörter "grundsätzlich" und "zunächst" aufmerksam zu machen und hinzuzufügen: "Sie machen es mir selbst schwer, klar zu erkennen, was Sie in Wahrheit gesagt haben."

Weil Wegmann diesen zweiten Brief bisher nicht beantwortet hat, wissen nun weder Woschech noch die interessierte Öffentlichkeit, die diesen Briefwechsel verfolgt, was der Minister wirklich meint. Dass er in Peine eine unverblühte Diskriminierung der dissidentischen Lehrer ausgesprochen hat, beweist ein ihm nahestehendes Blatt, die katholische Wochenzeitung "Das Wort", dessen Berichterstattung über Peine sich wörtlich mit dem deckt, was auch andere Zeitungen gemeldet hatten.

Inzwischen war die Angelegenheit nicht mehr auf den Briefwechsel Staatsbürger - Minister beschränkt geblieben. FDP- und BHE-Fraktion, beide mitverantwortlich für das unter der Ära Kopf entstandene Schulgesetz, befassten sich mit der Erklärung Wegmanns. Wie Woschech erinnerte die FDP in einer offiziellen Verlautbarung den Minister an das Grundgesetz. Der BHE will abwarten, bis er eine bei der DP/CDU angeforderte Erklärung bekommt, inoffiziell verheimlicht man nicht, dass man bei dem bleibt, was im Schulgesetz und in der Verfassung niedergelegt ist.

#### Das Grundgesetz ist stärker

Der provisorische Kultusminister Langeheine (DP), der der Presse sagen sollte, was Wegmann wirklich gesagt habe, liess sich vor der Pressekonferenz entschuldigen: solange die Grosse Anfrage der SPD nicht beantwortet sei, könne keine Erklärung abgegeben werden. In anderen Fällen war man nicht so zurückhaltend gewesen. Soviel ist klar: man ringt um einen geordneten Rückzug; das Grundgesetz hat sich stärker erwiesen als das strapazierte Gewissen des Katholiken Wegmann. Die Eignung zum Lehrberuf legen die Lehrer in zwei Staatsprüfungen ab, alles andere ist überholte Gesinnungsschnüffelei. Unter den rund 18.000 Lehrern in Niedersachsen gibt es 500 Dissidenten; bis heute ist noch keine Klage bekannt geworden, dass irgendein Kind nicht im Geiste des Christentums erzogen wurde.

Bei etwas gründlicherer Betrachtung stösst man aber auf eine merkwürdige Tatsache. Ob "zunächst" oder "grundsätzlich" oder apodiktisch - immer beruft sich Wegmann auf die "Ansicht des Kabinetts", also einen Beschluss dieses Gremiums, der logischerweise einwandfrei protokolliert sein müsste. Da die FDP- und BHE-Minister heute protestieren, müssen sie beim vorangegangenen Kabinettsbeschluss entweder gefehlt oder geschlafen haben oder sie sind nachträglich hinteres Licht geführt worden. Da man sich bis heute noch nicht auf einen gemeinsamen Kenner geeinigt hat, scheint das letztere der Fall zu sein. Nun kann man Sonntagsreden - 7 -

nachträglich "ins rechte Licht" rücken; es wäre nicht zum erstenmal, Kabinettsprotokollen aber sollte man ihre dokumentarische Unschuld lassen.

\* \* \*

### Schäffers Osterschikane

FR. Die vielen tausenden von deutschen Reisenden, die während der Ostertage Holland, Belgien und Frankreich besuchten, hatten nicht nur unter dem schlechten Wetter zu leiden. Zum Abschluss ihrer Osterfahrt bekamen sie an den deutschen Grenzübergangsstellen noch eine Schikane des Bundesfinanzministers zu spüren, der, entgegen einem Beschluss des Deutschen Bundestages, den Zoll angewiesen hatte, nur die zollfreie Einfuhr von Kleinstmengen von Kaffee und Tee zu gestatten. Diejenigen, die auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vertraut hatten und glaubten, sie könnten 250 g Kaffee oder 50 g Tee im grossen Reiseverkehr zollfrei einführen, sahen sich genarrt, denn entweder mussten sie diese Warenmengen verzollen oder sie wurden bis auf die besagte Kleinstmenge von 50 g Kaffee oder 10 g Tee beschlagnahmt.

Wie es zu dieser widersinnigen Massnahme kam, sei kurz stichwortartig geschildert. Durch Erlasse aus den Jahren 1951 bis 1953 war im grossen Reiseverkehr die zollfreie Mitnahme von 250 g Kaffee oder 50 g Tee einmal im Monat gestattet. Am 30. August 1955 hat jedoch der Bundesfinanzminister mit Wirkung vom 1. Nov. 1955 alle diese Erlasse aufgehoben und bestimmt, dass auch diese Reisebedarfsmengen zu verzollen seien. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte daraufhin am 12. Oktober 1955 einen Antrag eingereicht, diese Verbotsbestimmung wieder aufzuheben und den alten Rechtszustand herzustellen, der am 23. März 1956 vom Bundestag mit Mehrheit angenommen wurde.

Nun hat es keinen Sinn, mit juristischer Spitzfindigkeit zu untersuchen, ob der Standpunkt des Bundesfinanzministers, der diesen Beschluss nicht durchführte, rechtlich richtig ist. Geht man nach dem gesunden Menschenverstand, dann hätte der Bundesfinanzminister zumindest bis zum Erlass eines Gesetzes den Beschluss des Bundestages als rechtsgültig anerkennen müssen. Schäffer aber ging den umgekehrten Weg, nämlich den der kleinlichen Schikaniererei der Reisenden.

Der Bundesfinanzminister hat aber zudem staatspolitisch auch das Törichteste getan, was denkbar ist, denn jeder Reisende müsste sich nun fragen, wer nun eigentlich in der Bundesrepublik zu bestimmen hat, das souveräne Parlament oder die anmassende Bürokratie. Der Vertrauensschwund der am zweiten Ostertag gegenüber Beschlüssen des Parlaments zu verzeichnen ist, steht in gar keinem Verhältnis zu den fiskalischen Auswirkungen, geschweige denn zu der spitzfindigen Wahrung der sogenannten Rechtslage.

Wie gespenstisch nimmt sich die Parallele an den Grenzen zu den Westsektoren von Berlin aus. Hier haben die Vopos Ostern Jagd auf angeblich geschmuggelte Eier gemacht, an der Westgrenzen der Bundesrepublik aber waren die deutschen Zollbeamten widerwillig und gezwungen durch eine Anordnung des Bundesfinanzministers dabei, sich als Kaffeeriecher zu betätigen. Und, damit es nicht vergessen wird, vor zwei Wochen hat der Bundestag unter der Europa-Flagge glühende Bekennnisse zu Europa abgelegt. Der Bundesfinanzminister hat bewiesen, welch ein schlechter Europäer er ist.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau